

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M.; durch die Zeitungen monatlich 3 M., vierteljährlich 9 M. — Veranlagungsbefugten können die Zeile 75 M. — Zeitungs- und Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schudy; Druck: G. Handmann & Co.; Verlag: V. d. Bergarbeiter Deutschlands, Jämlich Bonn, Blomhauer Str. 35-42. Telefon-Nr. 89, 98 u. 234. Telegr.-Adr.: Arbeiterband Bonn.

Bergleute, geht alle zur Wahl!

Stets ist es eine Freude für die Feinde demokratischer Freiheiten gewesen, wenn sich die Volksmassen nur schwächlich an den Wahlen zu den politischen Körperschaften beteiligten. Aus einer schwachen Wahlbeteiligung schlussfolgern die Reaktionsäre, das Volk wolle sich gar nicht selbst regieren, sondern wünsche untertänig von einer „hohen Obrigkeit“ ohne Rechenschaftslegung regiert zu werden. Von da aus setzt die Agitation für die Beteiligung des demokratischen gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts ein.

Also, Kameraden, eure vornehmste Pflicht ist, euer Wahlrecht auszuüben, gleichviel welcher Partei ihr angehört! Eure Frauen, Schwestern und Töchter müssen ebenfalls alle mit heran zur Wahlurne! Denn es stehen auch für sie lebenswichtige Dinge auf dem Spiel! Laßt euch von den Rindsköpfen und Maulathleten, die überirradikal „vom Parlament gar nichts erwarten“, nicht zur Wahlenthaltung verleiten. Davon hätten nur die reaktionären Volksfeinde Nutzen.

Aber es stehen ja bei der Landtagswahl, bei den Provinziallandtags- und Kreiswahlwahlen am 20. Februar 1921 auch Fragen von so ungeheurer Wichtigkeit für alle zur Entscheidung, daß jeder vernünftige Volksgenosse genötigt ist, seinen Stimmzettel mit in die Waagschale zu werfen.

Der Wahlausfall am 20. Februar wird viel mehr, als sehr viele ahnen, auch von Bedeutung sein für die internationale Lage Deutschlands. Blindwütige Nationalisten und gewinn gierige Kapitalisten in den Ententeländern fordern von dem deutschen Volke Leistungen, deren restlose Erfüllung verheerend für uns und unsere Kinder zu Schlagen fremdländischer Mächte niederzubrüden. Dieses blinde Wüten gegen ein verständiges Zusammenarbeiten der sogenannten „Erbsünde“ beim Wiederaufbau Europas findet immer wieder die erwünschte Nahrung durch die Treiberkreise reaktionärer, militaristisch-autokratisch geführter Interessengruppen in Deutschland. Sie liefern den reaktionären Gefinnungsgenossen jenseits der Grenze ständig Agitationsmaterial für die Aufpeitschung des Nationalhasse. Der Wahlausfall am 20. Februar muß der ganzen Welt zeigen, daß Deutschland und Preußen nichts mehr von der Wiederkehr des alten militaristischen und scharfmacherisch-kapitalistischen Gewalthabers wissen will! Je größer die Mehrheit der Wähler für die Befestigung der neuen demokratischen Reichs- und Staatsverfassung ist, um so schwerer trifft dieser Schlag auch die kapitalistischen und militaristischen Gewaltpolitiker in den Ententeländern! Damit vergrößern wir den Einfluß der dortigen Freunde einer vernünftigen Verständigung mit Deutschland und schützen Europa vor dem Chaos!

Bergleute, geht darum alle mit euren Frauen, Schwestern und Töchtern zur Wahl! Defenkt euch gegen die Völkerverhetzung, gegen den Militarismus, schützt und kräftigt die Demokratie! Tritt am 20. Februar der von den Reaktionsären erhoffte „Auch nach rechts“ ein, dann ist jede Hoffnung auf eine humane Aenderung des Versailles Vertrags zusammengebrochen!

Vor der letzten Reichstagswahl haben die Parteien, die das deutsche Volk durch ihre jahrelang betriebene imperialistische Rüstungspolitik in den wahnsinnigen Krieg und damit in das Elend geleitet haben, dem Volke bessere Verhältnisse versprochen, wenn es den „Auch nach rechts“ mache. Millionen haben sich dadurch betören lassen. Der „Auch nach rechts“ trat ein. Ist es seitdem besser geworden?

Nichts, aber auch gar nichts ist von den rechtsparteilichen Versprechungen verwirklicht worden. Unsere Schulden stiegen riesenhaft. Die Papiergeldflut nahm um viele Milliarden zu. Unsere Lebensmittelpreise stiegen, während versprochen war, der „freie Handel“ würde billigere Lebensbedingungen schaffen. Statt dessen blüht die Preissteigerung, die Wuchererei, die Steuererei, die Steuerdrückerei der Reichen und Reichlichen. Den Arbeitern und Angestellten aber wurden prompt die Steuern vom Lohn und Gehalt abgezogen! Die Reizgewinnler sind versorgt geblieben. Dazu ist nun, als natürliche Folge des Krieges, eine Wirtschaftskrise von noch unbeschreiblicher Furchtbarkeit über die Welt hereingebrochen. Die Menschen verhungern neben gefüllten Vorratskammern! Der wahnwitzige Widerstand des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems, nur auf der Jagd nach Profit begründet, tritt nun krasser als je in Erscheinung! Und dieses wahnwitzige Wirtschaftssystem wird noch gelobt als das „Beste“, „einzige mögliche“! Ein Umbau unserer Volkswirtschaft zur Sozialisierung aber wird grimmig bekämpft und man schmiedet böse Pläne zur stärkeren Befestigung des privatkapitalistischen Profitssystems.

Der „Auch nach rechts“ bei der letzten Reichstagswahl hat die Feinde der Demokratie und der Sozialisierung dreister gemacht. Die den Wählern gemachten Versprechungen sind aber nicht gehalten worden. Eine durchgreifende Verbesserung kann ja auch nicht erfolgen, wenn in der bisherigen Weise der kapitalistischen Gewinnsucht Vorschub geleistet wird. Und in kurzer Frist aus dem durch den Krieg erzeugten Jammer herauszubringen, dazu ist keine Regierung imstande und sei sie selbst nur aus demokratischen oder Kommunisten zusammengesetzt. Die gründliche Wiederaufbau- und soziale Reformarbeit ist nicht in wenigen Jahren zu vollenden. Wer dem Volke das Gegenteil sagt, ist ein Lügner.

Aber der Anfang zum systematischen Um- und Ausbau muß gemacht werden, wenn man nicht will, daß das arbeitende Volk ein Ausbeutungsbjekt für Profitjäger bleibt. Diesen anzubahnen und möglichst Anfang zu bilden, sind die demokratischen Sozialisierung des Bergbaues! Wir verlangen daher, daß die Regierung ihr den Bergarbeitern gegebenen Versprechen ohne Verlangulterungen erfüllt, damit die Arbeiter wollen sich nicht dauernd für die Versicherung

der Schwere der realen Großkapitalisten abzuqualen. Das Sozialisierungsgesetz vom 28. März 1919 und die Reichsverfassung vom 11. August 1919 sehen die Bergbau-Sozialisierung vor. Wir fordern die Ausführung dieser Gesetze! Die Bekämpfer der Sozialisierung wollen die Reichsverfassung sabotieren! Darauf muß am 20. Februar eine recht deutliche Antwort gegeben werden.

Demokratie und Sozialisierung ergänzen sich. Militaristisch-autokratische Diktatur, wonach die Anhänger des „alten Preußens“ drängen, ist der Todfeind der Volkswirtschaft. Diese Diktatur bedeutet, wie die moskowitzische, die Verachtung des freien Selbstbestimmungsrechts der Volksgenossen ohne Unterschied des Geschlechtes.

Ob wir zu dieser altborussischen, der alt- und neurrussischen geistesverwandten Diktatur weniger über ein ganzes Volk kommen sollen, oder ob ein neues, ein demokratisches Preußen und Deutschland wie ein unerschütterlicher Fels im Meer begründet werden soll, das ist die große Schicksalsfrage unseres Volkes, über die es am 20. Februar selbst entscheiden soll.

Bergleute, wollt ihr wieder zurück in das „alte Preußen“ mit Junker- und kapitalistischer Scharfmacherherrschaft? Wollt ihr wieder den „großen Himmel“ spielen, mit dem man nach Belieben herumspringt?

Bergleute, wollt ihr wieder als rechtlose Ausbeutungsbjekte ausgeliefert sein einem rücksichtslosen Trustkapitalismus? Wollt ihr wieder die Mahre-Verlangsbureau der Zwangsarbeitsnachweise, die Schwarzen Listen, die Drogenpolitik über euch?

Bergleute, wollt ihr und eure Kinder Zeit eures Lebens auch in lebensgefährlichen Betrieben abmühen für die Bereicherung einer Handvoll übermächtiger Trustkapitalisten? Oder wollt ihr, daß der Bergbau und der Ertrag eures Fleißes der Allgemeinheit des Volkes durch die Sozialisierung zugute kommt?

Bergleute, wollt ihr, die ihr so lange in tiefem Schatten lebtet und die ihr erst nach dem Zusammenbruch der arbeiterscheindlichen alten Gewalten berechtigt worden seid, durch eure Organisation an der Gestaltung eurer Arbeitsverhältnisse mitzuwirken, alles das wieder verlieren, was ihr nach dem Novembersturm 1918 erobert habt? Wollt ihr das? Gehnt ihr euch zurück in das „alte Preußen“ der „weißen Salbe“?

Nein, ihr wollt das nicht! Ihr wollt fortschreiten auf dem Wege zur Demokratisierung und Sozialisierung unserer Wirtschaft und unseres Staatswesens. Das wollt ihr, wie zahllose Kundgebungen der Kameradschaften beweisen.

Weil ihr aber von dem „alten Preußen“ des elenden Dreiklassenwahlrechts und des erbitternden Bergarbeitertruges nichts mehr wissen wollt, deshalb baut euch einen Schutzwall gegen die Reaktion, unübersteiglich auch für den verzweifeltsten Kappisten und Dregemann!

Ihr habt die Macht in Händen, wenn ihr nur einig seid! Weicht euch nicht aus in Bruderfärsen, belehrt die Törichtigen, daß nur die Volkswirtschaftsfeinde Freude an der Spaltung der Arbeiterschaft haben. Gewaltig drängt der Trustkapitalismus zur absoluten Herrschaft. Gewaltig muß deshalb der Aufmarsch der proletarischen Schutztruppen für Demokratie und Sozialisierung sein.

Es gibt keine Entschuldigung für denjenigen, der am 20. Februar ohne absolut zwingenden Grund hinter dem Ofen haucht und so schon indirekt den Volkswirtschaftsfeinden hilft. Wer das tut, hat kein Recht zur Klage über ein von ihm mitgeschaffenes Unheil. Wir erwarten von allen unseren Kameraden unbedingt, daß sie sich als politisch reife Männer beweisen. Geht alle zur Wahl! Tut eure Pflicht, damit nicht eure Kinder und Kindeskinde euch anklagen können, aus politischem Unverständnis die heiligsten Volkswirtschaftsrechte im Stich gelassen zu haben.

Für ein deutsches Oberschlesien!

Von den ober-schlesischen Gewerkschaften ist uns folgender Aufruf zugegangen:

Kollegen! Wir stehen vor dem Endkampf um die Zugehörigkeit Oberschlesiens. Die ober-schlesischen Gewerkschaften zweifeln nicht an dem Sieg der Kultur und des Fortschritts. Oberschlesien wird deutsch stimmen. Dafür werden die organisierten Arbeiter und Angestellten sorgen.

Aber der Friedensvertrag gibt der Entente das Recht, ohne Rücksicht auf das Ergebnis der Abstimmung, die Grenze festzulegen. Darum muß die Mehrheit für Deutschland eine überwältigende werden, so gewaltig, daß die Entente es nicht wagt, auch nur den kleinsten Teil von Oberschlesien abzutrennen.

Arbeiter, Angestellte im Reich! Auch um eure Interessen geht es. Jeder Verlust im ober-schlesischen Industriegebiet ist ein Verlust für euch. Unsere Industrie ist mit eurer Existenz so eng verflochten, daß eines ohne das andere nicht leben kann.

Ein deutsches Oberschlesien liefert euch die Rohstoffe für eure Arbeit. Ein deutsches Oberschlesien bedeutet für euch Arbeit und Verdienst, Brot und Kleidung für eure Frauen und Kinder. Ein polnisches Oberschlesien verstoßt die Kohlequellen und bringt für euch Arbeitslosigkeit, Not und Elend für eure Familien.

Seigt also eure Solidarität! Werdt in Oberschlesien. Rein Abstammungsberechtigter im Reich darf zu Hause bleiben, wenn er nicht unsere gemeinsame Sache vertritt will. Kollegen, sorgt dafür, daß jeder seine Pflicht erfüllt. Bedenkt die Unwissenden, macht die Schwärmer untertänig und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln.

Einer für alle, alle für einen! Auf zum Kampf für Recht und Kultur!

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat durch seine bisherige Tätigkeit bewiesen, daß er sich von allen nationalitätlichen Treiberkreisen fernhält. Auch für den polnischen Arbeiter ist er schon mit Wort und Tat eingetreten. Es kann ihm aber nicht gleichgültig sein, ob Oberschlesien an Polen abgetrennt werden muß oder nicht. Unter polnischer Regierung wären die Erzeugnisse der ober-schlesischen Industrie nicht nur für Deutschland verloren, sondern die ober-schlesische Industrie selber müßte unheilbar dem Ruin entgegengehen. Darum fordern wir die Mitglieder der deutschen Gewerkschaften auf, im Sinne dieses Aufrufes zu wirken. Allg. Deutscher Gewerkschaftsbund.

Zur Berggewerbegerichtswahl.

Die Wahl der Richter des Berggewerbegerichts Dortmund findet nicht, wie es erst hieß, am 23. Februar, sondern am Mittwoch, den 9. März 1921, statt. Dieser Wahltermin ist vom Oberbergamt als endgültig festgesetzt worden. Unsere Kameraden werden wohl die notwendigen Vorbereitungen bereits geklärt haben. Wo dieses bisher nicht geschehen ist, muß es nunmehr mit aller Energie nachgeholt werden. Es gilt nämlich auch bei dieser Gelegenheit zu zeigen, daß unser Verband, nach wie vor das größte Vertrauen unter den Bergarbeitern des Ruhrreviers genießt.

Wenn wir auch unterm 8. Dezember v. J. an den Reichstag und an das Preussische Handelsministerium eine Eingabe richteten, worin wir die Abschaffung der Berggewerbegerichte und Unterstellung des Bergbaues unter die allgemeinen Gewerbegerichte bzw. unter die in Aussicht gestellten Arbeitsgerichte verlangten, so dürfen die Kameraden nicht daraus schließen, daß wir uns an den Berggewerbegerichtswahlen nicht beteiligen wollen. Darüber darf kein Zweifel herrschen. Auch wenn das Berggewerbegericht aufgehoben und der Bergbau den allgemeinen Gewerbegerichten unterstellt werden sollte, so bleiben die gewählten Richter aus dem Bergbau bestehen.

Unsere Stellungnahme gegenüber den Berggewerbegerichten ist allgemein bekannt. Jahrzehntlang traten wir für die Reform des Gewerbegerichtswezens ein. Ganzsächlich richtete sich unser Kampf aber gegen das Berggewerbegericht Dortmund, das im Gegensatz zu den sonstigen Gewerbegerichten einen viel schärferen arbeiterscheindlichen Standpunkt einnahm. Mehrere Eingaben wurden an den Reichstag gerichtet, worin Abänderung des Berggewerbegerichtsgesetzes verlangt wurde. In der Petition, die am 6. Februar 1912 dem Reichstag zugesandt wurde, verlangten wir, daß

1. die geheime und unbeeinflusste Wahl der Arbeitnehmerbesitzer gesichert werde;
2. die Gewerbegerichte in der Besetzung von fünf Mitgliedern einschl. des Vorsitzenden entschieden sollten;
3. die von den Arbeitern beauftragten Arbeiterssekretäre nicht als geschäftsmäßige Vertreter anzusehen seien;
4. der Anrufung des Gewerbegerichts als Einigungsamt Folge geleistet werden müßte, wenn die Anrufung von Seiten der Mehrheit der beteiligten Arbeitgeber oder Arbeitnehmer erfolgte;
5. die Berufung gegen Urteile des Gewerbegerichts auch dann möglich wurde, wenn der Wert des Streitgegenstandes keine 100.- Mark übersteigt.

Diese Forderungen waren wohl begründet. Von einem geheimen Wahlrecht konnte keine Rede sein, weil bei der unverbundenen Stimmzettelausgabe der Wahlvorsteher, der in den meisten Fällen ein Betriebsführer war, sehen konnte, wer gewählt wurde, um so mehr, als die Gelben und sonstigen Bedenkensanhänger besonders grobe und auffällige Stimmzettel benutzten. Von dem Richter, mehr Richter als einen von jeder Seite zur Verhandlung heranzuziehen, hatten die meisten Gewerbegerichte Gebrauch gemacht. Das Berggewerbegericht Dortmund weigerte sich aber kategorisch, dieser Forderung der Bergarbeiter nachzukommen. Es ist doch selbstverständlich, daß, wenn nur ein Arbeitnehmer als Richter fungiert, er nicht in der Weise sich gleichschlüssig werden kann, wie ein geschulter Arbeitgeberbesitzer oder der Vorsitzende selbst. Sind zwei Arbeiter anwesend, so können sie zusammen beraten und einen Fall besser beurteilen. Das Arbeiterssekretäre, sofern sie mehr wie einmal als Vertreter erscheinen, sofort als geschäftsmäßige Vertreter angesehen und nicht mehr zugelassen wurden, war ein großes Unrecht gegenüber den Arbeitern, denn der Prokurist der Bede, der diese meistens vertret, wurde nicht zurückgemieden. Daß das Berggewerbegericht Dortmund seine Urteile nicht objektiv fällte, kam nach Ansicht der Bergarbeiter daher, daß die Vorsitzenden meistens Bergwerksbeamte waren, die gesellschaftlich und wirtschaftlich dem Unternehmertum des Bergbaues nahestanden. Diese Tatsache mußte sogar der Zentrumsabgeordnete Trimborn anerkennen, der bei der Beratung unserer Petition im Reichstag bezüglich der unparteilichen Vorsitzenden sagte:

... Denn — die Personen der einzelnen Beamten, die hier in Frage kommen, in allen Ehren! — die ganze Stellung der Bergwerksbeamten in den Industriegebieten ist nicht bezerrt, daß man ihn etwas weiteres als den durch die Natur der Dinge gebundenen neutralen Vorsitzenden göttlichen Arbeitgebern und Arbeitnehmern anerkennen könnte. Der Bergwerksbeamte steht mit den großen Unternehmungen und mit der ganzen Industrie weitestgehend auch nach der Arbeitgeberseite hin, in sehr harter und enger Fühlung, die sich vielfach auch im äußeren gesellschaftlichen Verkehr geltend macht. Das ist doch geeignet, ihn in Wettbewerb nicht als ganz unbefangenen erscheinen zu lassen!

Trotzdem aber von bürgerlicher Seite die Forderungen unserer Forderungen anerkannt wurde, hat man ihnen doch keine Beachtung geschenkt. Es ist bei den alten Bestimmungen das Geschehen geblieben. Die Verordnungen zur Abänderung des Berggewerbegerichtsgesetzes vom 12. Mai und 20. Oktober 1920

Während des Krieges größtenteils abgebaut worden und nach Be-

verschwinden. Egoismus und Brutalität haben breite Volksschichten in-

Darum macht auch das Wort Wilhelm Dieblich zum Leitwort: Wissen ist Macht und Macht ist Wissen!

Zeche Ludwig in Bergerhausen.

Nachdem ich in der Bergarbeiter-Zeitung vom 15. Dezember 1920 einige ungenaue Behauptungen der Union richtiggestellt, kommt das unio-

„Hört es, ihr Bonzen in Gelsenkirchen... hinein mit euch in die Grube!“

So schrieb kürzlich die Opposition der Freien Arbeiter-Union. Die Bonzen wollen sich jedoch am Ritz vorbeibrücken. In Kameradenkreisen

Die große Not des Volkes wird noch ausgenützt durch ein die Arbeiter auslaugendes Schlemmer- und Schieberium, durch ein profit-

Sodann verläßt der Artikelführer mit einigen Väterlichkeiten über die damals geplante Betriebsratswahl hinwegzugehen. Wenn diese Angelegenheit so harmlos war, so hätte das unionistische Betriebs-

Bei Betrachtung alles dessen taucht für uns als freie Gewerkschafter die Frage auf: Wie steuern wir, zum Wohle aller, unsere Arbeiter-

Georg Ledebour, der selbst nicht frei von Schuld an der Zersplitterung der Arbeiterklasse ist, behandelt in einem Artikel der Zei-

Was ist in dieser Situation die Aufgabe der U. S. A.? Wir sind uns vollkommen bewußt, daß wir unter diesen bedauerlichen Ver-

Lebhour betont, seine Partei habe schon früher die Pflicht zur Bildung einer Einheitsfront erkannt und bekräftigt, so beim Kampfs-

Wenn ich dann in dem Artikel von Schichtentwässern und Duldauern geschrieben habe, so steht doch fest, daß U. G. West und seine Gefolgs-

In dem Urteil Ledebour liegt eine glänzende Rechtfertigung des kürzlich veröffentlichten Artikels. Ich dessen Leben allezeit ein Kampf

In den nächsten Wochen

wird die Bergbausozialisierung unsere Kräfte stark in Anspruch nehmen. Es gilt nun, die Reihen des Verbandes zu stärken. Deshalb auf die Schanzen! Jeder bringe dem Verband ein neues Mitglied. Drauf u. dran! Dem Mutigen gehört die Welt!

Die Zerkleinerung der Arbeiterklasse, wie ich nicht unerwähnt lassen möchte, die Zerkleinerung der äußeren Linien, mitverantwortlich in die

Wenn Ledebour nun verlangt, daß die Macht des Proletariats nach bestimmten Richtlinien eingesetzt werden solle, um die Umgestaltung unserer staatlichen und wirtschaftlichen Organisationen in sozialistischem

Wenn die Kommunisten der Sozialisierung des Kohlenbergbaus als ihre eigene Forderung die Erweiterung und Verbesserung der Betriebskontrolle durch die Arbeiterklasse entgegenstellen, so ist die

Es taucht nun die Frage auf: Ist die Forderung gerechtigt oder nicht? Ob die Forderung als radikal angesehen wird, ist Nebensache. Die sozialistische Wirtschaftsordnung ist eine alte Forderung und die

Der erste Schritt war das Betriebsratsgesetz, der zweite Schritt muß folgen: das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben. Gewiß be-

Würden wir uns diese Zeit zu eigen machen, so wäre Bürgerkrieg und Elend bei uns die Folge. Von einer guten gewerkschaftlichen

Wenn U. G. West dann sagt, ich möchte doch selbst ausgeben, daß der Verband eine Stütze des Kapitals sei, so muß ich doch sagen: von einem vernünftigen Menschen kann man nicht erwarten, derartiges zu

Sodann verläßt er nochmals (äußerlich) die Wohnungspolitik zu erwähnen. Ich bleibe jedoch bei dem, was ich gesagt und geschrieben habe. Ich behaupte nur, daß Leute so viel vom Willenswandel schreiben,

Ueberbergamtsbezirk Breslau. Die SchlagwettererploSION in Delsnitz. Ueberbergamtsbezirk Breslau. Die SchlagwettererploSION in Delsnitz. Ueberbergamtsbezirk Breslau. Die SchlagwettererploSION in Delsnitz.

Ueberbergamtsbezirk Breslau. Die SchlagwettererploSION in Delsnitz. Ueberbergamtsbezirk Breslau. Die SchlagwettererploSION in Delsnitz. Ueberbergamtsbezirk Breslau. Die SchlagwettererploSION in Delsnitz.

Ueberbergamtsbezirk Breslau. Die SchlagwettererploSION in Delsnitz. Ueberbergamtsbezirk Breslau. Die SchlagwettererploSION in Delsnitz. Ueberbergamtsbezirk Breslau. Die SchlagwettererploSION in Delsnitz.

Ueberbergamtsbezirk Breslau. Die SchlagwettererploSION in Delsnitz. Ueberbergamtsbezirk Breslau. Die SchlagwettererploSION in Delsnitz. Ueberbergamtsbezirk Breslau. Die SchlagwettererploSION in Delsnitz.

Ueberbergamtsbezirk Breslau. Die SchlagwettererploSION in Delsnitz. Ueberbergamtsbezirk Breslau. Die SchlagwettererploSION in Delsnitz. Ueberbergamtsbezirk Breslau. Die SchlagwettererploSION in Delsnitz.

Ueberbergamtsbezirk Breslau. Die SchlagwettererploSION in Delsnitz. Ueberbergamtsbezirk Breslau. Die SchlagwettererploSION in Delsnitz. Ueberbergamtsbezirk Breslau. Die SchlagwettererploSION in Delsnitz.

Ueberbergamtsbezirk Breslau. Die SchlagwettererploSION in Delsnitz. Ueberbergamtsbezirk Breslau. Die SchlagwettererploSION in Delsnitz. Ueberbergamtsbezirk Breslau. Die SchlagwettererploSION in Delsnitz.

Wir sehen kurz vor den Bergarbeiterkongress, Anapffschafts- und Betriebsratswahlen im Bergbau. Die unionistischen Betriebsräte, welche mit ungeheurer Kamt große Medien hielten, radikale, revolutionäre Forderungen stellten und den Kumpels Verprechungen, die zu halten sie nicht in der Lage waren, machten, haben mit ihrem Maulselberum abgewirtschaftet. Sie haben ihre Unfähigkeit schriftlich bekräftigt. Um diese Unfähigkeit vergessen zu machen, werden erneut radikale Forderungen erhoben. Aufzuste werden an die Betriebsräte und die Betriebs-

Die so zusammengekauften Konferenzen der unionistischen Betriebsräte sind alle Organisationen auf, bis zum 10. Februar ihre Stellungnahme zu den von ihr aufgestellten Forderungen darzulegen. Man weiß nicht, ob es Größenwahn oder kindische Einfalt ist. Um zu zeigen, wie die Forderungen, welche in der Gelsenkirchener Konferenz aufgestellt sind, wenn sie zu verwirklichen wären, wirken, wollen wir an zwei Beispielen zeigen. Die Forderung der Einstellung von weiteren Arbeit-

Die weitere Forderung: vom 15. Februar 1921 ab alle Abmachungen der Arbeitsgemeinschaft als ungültig zu erklären, welche zur Folge haben, daß keine Verpflichtung der Unternehmer, die Siedehundenpflicht beizubehalten, mehr bestände; ferner brauchte Urlaub nicht mehr gewährt zu werden. Tariflöhne brauchten nicht mehr gezahlt, Deputatsgehälter für

In der zum Uebersichtensabkommen unsererseits angenommenen Entschliessung wird zum Ausdruck gebracht, daß der gefährdete Gesundheitszustand der Bergarbeiter geheimerweise den Abbau der Uebersichtensverträge. Nicht nur in einer Entschliessung haben wir unseren Standpunkt zum Ausdruck gebracht, sondern auch den hierfür maßgebenden Stellen gegenüber haben wir diesen unseren Standpunkt kundgetan und vertreten. Der Kammerherr und die Lohnordnung sind gefährdet und entsprechende Forderungen eingereicht. Zur Sozialisierungsfrage, der wichtigsten aller Fragen, haben wir erneut mit Nachdruck betont, daß wir an dem Beschluß unserer Vorgesetzten Generalversammlung und der gleichgerichteten Entschliessung des Internationalen Bergarbeiterkongresses festhalten. Sinter diese unsere erneut zum Ausdruck gebrachte Stellung-

Als zu dem Zeitpunkt der Verwirklichung dieser Entschliessungen, bez nicht mehr allzuweit hinausgeschoben werden darf, müssen alle Kräfte angespannt werden, um den freien Verbänden, insbesondere unserem Verband, Mitglieder zuzuführen, müssen die Vorbereitungen zu den Wahlen im Bergbau betert getroffen und durchgeführt werden, daß den Gegnern der Sozialisierung und der freien Verbände der Atem stehen und dem zu machenden Vorstoß der Erfolg nicht verweigert bleibt.

Los vom verderbbringenden Moskau!

Das Jahr 1921 hat seinen Einzug gehalten. Unsere Gedanken bei der Jahresende galten den Betrachtungen über die Entwicklung der Arbeiterbewegung des vergangenen Jahres. Ein Jahr unergieblicher Suchspannung in Politik und Wirtschaft hat seinen Abgang gefunden. Wir im freien begonnenen Jahre wird es, vor allem bei uns Bergarbeitern, ein Jahr des harten Kampfes mit allen gewerkschaftlichen Mitteln sein. Unser ganzes Fühlen und Denken im neuen Jahre muß als Hauptzweck und Ziel haben: Schaffung der Einheits-

